

Nach den schweren Zeiten der Teilung kommen nun die Besucher *CDU-Politikerin organisiert eine Besichtigung im einstigen Grenzdorf Mödlareuth*

In der Freiheitsglocke wurde über diese einstige Stätte der Teilung Deutschlands und des Leidens der Menschen bereits kurz nach der Wiedervereinigung und auch später berichtet: Mödlareuth, ein eigentlich unbedeutendes Dorf im Herzen Deutschlands, durch das seit Gründung beider deutscher Staaten eine gnadenlos gesicherte Grenze verlief, erfährt seit dem Mauerfall eine außerordentliche Aufmerksamkeit. Immer wieder strömen Neugierige herbei, die sich mit eigenen Augen davon überzeugen wollen, ob die Führung der DDR ihre eigene Bevölkerung tatsächlich mit den todbringenden Anlagen des erschreckenden „Grenzsicherungssystems“ ausgestattet hatte. Auch VOS-Kameradin Barbara Große hatte jüngst Gelegenheit zu einer solchen Besichtigung:

Die Bezeichnung "Klein-Berlin" können die Bewohner des Dörfchens Mödlareuth schon nicht mehr hören. Doch gerade diese Bezeichnung charakterisiert die Situation des Dorfes während des Kalten Krieges gut. Wie in Berlin, zogen sich Mauer und Stacheldraht mitten durch den 50-Einwohner-Flecken, der seit Jahrhunderten genau auf der Grenzlinie zwischen Bayern und Thüringen liegt. In Mödlareuth

sind diese Sperranlagen bis heute original erhalten und legen ein eindrucksvolles Zeugnis davon ab, mit welcher Brutalität das DDR-Regime die eigenen Menschen eingesperrt hat.

„Die Erinnerung an die dunklen Zeiten der Deutschen Geschichte muss wach gehalten werden“, davon ist die Kreisvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung (OMV) der CDU Mainz, Gabriele Müller, überzeugt. Deswegen organisierte die OMV kürzlich eine Reise ins bayerisch-thüringische Grenzland, um den interessierten Teil-

scher Häftling in der DDR veröffentlicht hat, führte die Teilnehmer in die innenpolitischen Hintergründe der Repression in der DDR ein, bevor diese unter der Leitung eines Historikers von der Uni Bayreuth durch das Dorf und die einstigen Sperranlagen geführt wurden. Begrüßt wurde die Mainzer Delegation vor Ort vom stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dem ehemaligen Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU), der den dortigen Wahlkreis im Bundestag vertritt.

Barbara Große



nehmern die unmittelbaren Eindrücke von den Folgen der deutschen Teilung nahebringen zu können. Barbara Große, die erst kürzlich ihre Biografie als politi-

Auf dem Foto: Hans-Peter Friedrich (stehend) mit den Teilnehmern der OMV Mainz, darunter: Gabriele Müller (zweite v. r.) und Barbara Große (Mitte)

Mittlerweile haben sich die meisten Leserinnen und Leser der Fg auf den zweimonatigen Erscheinungsmodus eingestellt. Vorerst ist auch keine Umstellung auf die frühere Handhabung abzusehen, obwohl sich die Finanzen des Verbandes (wie man auf der Nebenseite lesen kann) stabilisiert haben. Wichtig ist, dass es unsere Verbandszeitung überhaupt noch gibt und die Mitglieder der VOS hier ihre Meinung mitteilen und wir als Verband unsere Sache vertreten können. Unter diesem Aspekt möchte ich zunächst unserem Kameraden Siegfried Müller aus dem Erzgebirge danken, der in den vergangenen Monaten mehrmals Beiträge geschrieben hat, die mit ihren politischen Aussagen bei vielen Lesern auf große Zustimmung gestoßen sind. Siegfried Müller ist inzwischen weit über achtzig und blickt auf schwere Jahre unter der kommunistischen Diktatur zurück. Er kam als ganz junger Mensch unschuldig in ein sibirisches Arbeitslager und hat – im Gegensatz zu anderen – mit Glück und dank seiner damals guten Konstitution überlebt. Er hat sich später in der DDR nicht verbiegen lassen und in den vier Jahrzehnten der Diktatur einen klaren Blick bewahrt. Die Flucht in die Bundesrepublik, die viele seiner Schicksalsgefährten – aus gutem Grund – antraten, kam für ihn infolge seiner tiefverwurzelten Heimattreue nicht in Frage. Mit dem Untergang der DDR hat er zunächst die große Hoffnung auf eine konsequente Aufarbeitung von Unrecht und Verbrechen, die auf Anweisung der SED-Führung begangen wurden, verbunden. Erfüllt hat sich davon nur wenig. Den gegenwärtigen politischen Verhältnissen steht er äußerst kritisch gegenüber, womit er keine Einzelmeinung vertritt. Er und alle anderen Opfer müssen mit ansehen, wie die Partei Die Linke im Bundestag und anderen gewählten Parlamenten tatsächlich zur „ganz normalen Partei“ geworden ist. Die AfD hingegen, die bei der nächsten Bundestagswahl drittstärkste Kraft werden könnte, steht im Mittelpunkt der Kritik und der Schmähungen, und dies weniger wegen ihrer Inhalte und Äußerungen,

sondern weil sie den anderen Parteien massenweise die Wähler abzieht. Von den Wählerverlusten ist dann auch Die Linke sehr drastisch betroffen. Ich habe unter derselben Fg-Rubrik bereits geschrieben, dass man einen solchen Trend zumindest öffentlich analysieren sollte. Wenn in den Medien Interviews mit AfD-Mitgliedern ausgestrahlt werden, so führt man vornehmlich enttäuschte CDU-Anhänger vor, die ihrer Partei nicht selten Jahrzehnte lang bedingungslos treu gewesen sind und die sich mit dem Kurs von Kanzlerin Merkel nicht mehr vertreten fühlen. Die möglichen Gründe für die Abwanderung der Linken-Wähler werden hingegen ausgeblendet.

Auf ein Wort des Redakteurs

Der nächsten Bundestagswahl sehen wir folglich mit besonderer Spannung entgegen. Auch – oder gerade weil – mit der AfD keine andere Partei koalieren will, kann man gespannt sein, wie nach deren Einzug in den Bundestag Frauke Petry den Bundestag aufmischen dürfte. Fragen muss man freilich, welche Regierung wir denn überhaupt bekommen werden. Wird es diesmal überhaupt noch für eine „große“ Koalition von CDU, CSU und SPD reichen? Oder wird sich die SPD nicht ohnehin mit den Linken einlassen? Dies würde zur Variante rot-rot-grün führen, vor der es nicht nur mir graut. Daneben gibt es mittlerweile auch Spekulationen über schwarz-rot-grün als nächste Bundesregierung. Hier wäre – egal, dass ich dies zum wiederholten Male feststelle – darauf aufmerksam zu machen, dass, wenn von Bündnis 90/ Die Grünen die Rede ist, der erste Teil des Parteititels fast immer unterschlagen wird. Dass sich die Grünen einstmals mit Vertretern der Bürgerrechtsbewegung der DDR zusammengeschlossen haben, kann man seit Jahren bestenfalls den Eintragungen der Geschichtsbücher entnehmen.

Auch für die VOS stehen im nächsten Jahr die Wahlen eines neuen Bundesvorstandes an. Der Verband arbeitet seit dem überras-

schenden Rücktritt von Rainer Wagner ohne einen „Nachrücker“ zum Vorsitzenden. Trotzdem hat die Führungsarbeit unserer zwei Stellvertreter gut funktioniert, und das nicht zuletzt wegen der Mitarbeit von Bundesgeschäftsführer Hugo Diederich. Nun muss jedoch ein neuer Vorsitzender gewählt werden – es kann auch eine Vorsitzende (!) sein. Klare Vorstellungen, Vorschläge oder BewerberInnen gibt es noch nicht. Immerhin wissen wir durch die Protestaktion der Renten-Unrecht-Protestler in Karlsruhe, dass Rainer Wagner aus dem Krankenstand zurück ist und sich wieder aktiv an der Arbeit des Verbandes und dem Kampf für die Sache der SED-Opfer beteiligt.

Da wir bis zur nächsten Generalversammlung noch ein gutes halbes Jahr Zeit haben, kann man durchaus über Anträge auf verbesserte Leistungen für die Opfer diskutieren. Wie wir an einem Beitrag in dieser Fg-Ausgabe sehen, gibt es ausdrücklich Diskussionsstoff über die Bedingungen für die Gewährung der Opferrente. Jene Klausel, der zufolge ein halbes Jahr reine Haftzeit nachzuweisen ist, besteht noch immer. Der betroffene Kamerad war 175 Tage in Haft, er hätte jedoch vier Tage länger in Gewahrsam sein müssen, um die Opferrente zu bekommen. Sein Leben und seine Gesundheit sind jedoch nicht weniger ruiniert als die derjenigen, die ein ganzes Jahr oder länger inhaftiert waren. Mir stellt sich immer wieder die Frage: Warum tun wir nichts, warum treten wir den Politikern nicht auf die Füße? Vor einigen Jahren hat unser Kamerad Wolfgang Stiehl „Wahlprüfsteine“ vorgelegt und diese an die Vertreter der Parteien geschickt. Darin waren die Fragen nach der Einstellung der jeweiligen Spitzenkandidaten bzw. der Parteien zu unseren Forderungen und Interessen konkret fixiert. Wolfgang Stiehl ist leider vor zwei Jahren verstorben. Aber die Fragen, die Adressen der Parteien sind noch bekannt. Nichts dürfte uns daran hindern, dieselben zu aktualisieren und den bewährten Prüfmodus erneut anzuwenden.

*Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter*

In dieser Ausgabe - Themen, Hinweise, Daten

Titelseite

Erinnern am authentischen Ort

Eine Besichtigung im geteilten Mödlareuth

Redaktions Thema:

Die VOS und das nächste Jahr

Über den Verband, die politische Lage und die anstehenden Wahlen 2

„Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit“

Über die diesjährige würdige Gedenkveranstaltung zum 17. Juni in Chemnitz 4

Zeitzeugenarbeit der VOS-Mitglieder

- Barbara Große stellt in Mainz ihre Biografie vor
- Peter Hippe und Alexander Richter in der JVA Heinsberg 5

Eine eigene Stiftung: Hilfe zur Selbsthilfe

UOKG geht wegen der Stagnation in Politik und Wirtschaft bei Zwangsarbeit in die Offensive 5

Verögerungstaktik und Leugnung

Ein vorgezogenes Plädoyer für ein bevorstehendes Verfahren auf Anerkennung von Haftschäden 6

Ist Rechtsprechung ein Lotteriespiel

Der Kommentar 6

Protest gegen Rentenunrecht:

- Diesmal vor dem Bundesverfassungsgericht
- Haben eh nichts zu verlieren (Kommentar) 7

Blickpunkt Neubrandenburg (zwei Beiträge)

- Über die Entfernung von Gedenktafeln
- Vertreter der Opfer kamen umsonst 8

Wir werden ihn nicht vermissen

Schriftsteller und ZK-Mitglied Kant gestorben 8

Tage der Ungewissheit und Jahre der Leere

Eine Gedenk-Steile am Krematorium Baumschulenweg für anonym gebliebene Mauertote 9

Gedenkveranstaltungen

- VOS gemeinsam mit Berliner OB

- Berliner Mauerwegslauf erneut sehr attraktiv
- Kreistagspräsident hält in Malchow bewegende Rede für jugendliche Kommunismus-Opfer 9

Erinnerung in Büchern

- Barbara Große (VOS): Vor der Ausreise mehr als 100 Anträge, schwerer Anfang im Westen 10
- Michael Beleites: Umweltschänder DDR 11
- Achim Beyer: Schwere Haft für Jugendliche 11

Die Regelung muss überprüft werden

Halbjahresklausel für Opferrente wird inzwischen nicht mehr thematisiert 11

Niederlagen wurden nicht gefeiert

Die DDR und ihre krampfhaft Verherrlichung des Bürgerkriegs in Spanien 12 - 13

Der versteckte Widerstand in der DDR-Kunst

Eine Ausstellung im Berliner Gropius-Bau gibt interessante Einblicke 14

Tödlicher Unfall nicht ausgeschlossen

Was das MfS mit hochkarätigen DDR-Feinden vorhatte 14

Vom olympischen Gedanken weit entfernt

Russland agiert nicht nur im Sport unsauber 14

Kameraden-Gedenken

Benno Prieß war zweimaliger Träger des Bundesverdienstkreuzes 14

Nachruf auf Xing-hu Kuo und Gerhard Penzel

Vom Unrecht und für Wiedergutmachung eingesetzt./ Dem Leben bis zuletzt zugewandt 15

Landesgruppe Rhein-Ruhr: Hohes Durchschnittsalter und Ehrungen für langjährige Mitgliedschaft in der VOS 16

Aufgepasst: Schnäppchen möglich 13

Todesmeldungen, Nachrufe 15
Ehrungen, Gedenken 16
Impressum / Aufruf, 16

Spender für die VOS

Erfreulich: kein Sommerloch bei der Spendenfreudigkeit der Kameradinnen und Kameraden

Günter Prescher, Dr. Klaus Rintelen, Gisela Weise, Ruht Eberle, Gottfried Freund, Heinz-Jürgen Klein, Erdmute und Dr. Walter Weller, Christoph Becke, Gisela Gärtig, Wolfgang Thamm, Helmut Günther, Paul Radicke, Dieter Wendt, Dr. Bernd Röhlig, Klaus Bartholomay, Kurt Siehl, Eberhard Pohl, Wilhelm Sperling, Jürgen Antlitz, Renate Storch, Frank Dickmann, Dieter Jakob, Günter Steinrücken, Horst Wagner, Rosemarie Badock, Wolf-Peter Schmidt, Gisela Lotz, Rolf-Dieter Weske, Eberhard Kaduk, Bode Wegner, Dr. Martin Hoffmann, Gerd Uwe Lewin, Josef Sigl, Walter Lahn, Werner Mieth, Brigitte Voelkel, Ursula Guse, Heinz Noack, Sabine Trompler, Ingrid Arena, Dr. Peter Uebachs, Karl-Heinz Ulrich, Fritz Schaarschmidt, Jürgen Wendler, Hans-Joachim Markgraf, Bernd Schnabelrauch, Kurt Lange, Vera Falke, Waltraud und Johannes Rink, Manfred Schulz

Wir danken denen, die trotz eigener knapper
Kasse immer noch etwas für
UNS übrig haben.

**UNS – das ist die VOS
Das sind wir ALLE! Nach 66 Jahren!**

INFORMATIONEN Mitteilung des Bundesvorstandes

An die VOS-Mitglieder aus Brandenburg: Wir weisen alle Mitglieder des Landesverbandes Brandenburg noch einmal darauf hin, dass der Jahresbeitrag in Höhe von 45 € für die Mitgliedschaft auf das Konto der Bundesgeschäftsstelle zu zahlen ist. In diesem Beitrag ist die Zustellung der Zeitschrift „Freiheitsglocke“ enthalten.

Wer Fragen dazu hat, wendet sich bitte direkt an die Bundesgeschäftsstelle, Hugo Diederich, Rufnummer 030 – 2655 23 80.

Die Bundesgeschäftsstelle teilt mit:

Über die Verbindlichkeiten der VOS berichten wir in der kommenden Ausgabe, wir sind auf gutem Weg. *H. Diederich*

Hinweis des Redakteurs:

Leider konnten in dieser Fg-Ausgabe nicht alle vorliegenden Beiträge (vollständig) berücksichtigt werden. *A. R.*

Bei den Jugendlichen mit Erinnerungen Verständnis wecken

Gelungene Gedenkveranstaltung mit wichtigen Redebeiträgen zum 17. Juni 1953 in Chemnitz

Wie jedes Jahr zum 17. Juni folgten der Einladung der VOS- Bezirksgruppe Chemnitz zum Gedenken an den Volksaufstand vom Sommer 1953 Dutzende Kameradinnen und Kameraden, Vertreter der Stadt Chemnitz, darunter die Oberbürgermeisterin Frau Barbara Ludwig, Abgeordnete von Bund und Land und viele interessierte Bürgerinnen und Bürger.

In diesem Jahr aber gab es zwei Änderungen im Rahmen der Gedenkveranstaltung. Aufgrund der sehr schlechten Wetterlage fand die Feierstunde zum einen in der Rotunde des ehemaligen Kaßberg-Gefängnisses statt, wofür sich die VOS Bezirksgruppe Chemnitz noch einmal herzlichst beim Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e. V. bedanken möchte. Zum anderen sprach Frau Sandra Buchler als Vertreterin der Nachfolgenergeneration. So konnte man anschließend auf eine gelungene Veranstaltung mit folgenden Schwerpunkten zurückblicken:

der Welt noch anhalte und Oppositionelle nach wie vor um ihr Leben fürchten müssen, ähnlich wie viele der Demonstranten nach dem 17. Juni 1953.

Es folgte nach musikalischer Begleitung die Schweigeminute für alle Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft. Danach erhielt Frau Bürgermeisterin Ludwig das Wort. Auch bei ihr – die Stadt Chemnitz hat die Gedenkveranstaltung immer unterstützt – möchten wir uns an dieser Stelle noch einmal herzlich für das Engagement bedanken, ebenso bei Frau Hanka Kliese, Herrn Alexander Dierks, Frau Sandra Buchler und Herrn Jörg Petzold.

- So erzählte Frau Buchler, tätig in der Öffentlichkeitsarbeit der Außenstelle Chemnitz der Stasi-Unterlagen-Behörde, wie sie die Geschehnisse rund um den 17. Juni in der Schule und beim Abitur in den 1980er Jahren vermittelt bekam und wie sie heute ver-

von 1989/90. Es sei ihm wichtig, nochmal im „Freikaufknast“ gewesen zu sein.

Nach dem Redebeitrag von Jörg Petzold beschloss Holker Thierfeld die Veranstaltung und erinnerte an Wolfgang Looß, dessen Schicksal uns bis heute bewegt. Er hatte die Welt im September 2015 verlassen und sich stets „Gegen das Vergessen“ eingesetzt.

Die VOS Chemnitz dankt allen Mitgliedern und Anwesenden für die Teilnahme und Unterstützung der Gedenkveranstaltung.

Steffi Lehmann

Foto: Holker Thierfeld©

Absurdität des Alltags

Heinz Schneider mit Lesung aus seinem interessanten Buch in Berliner Räumlichkeiten

Die christliche Gemeinde Salvator in Berlin-Lichtenrade veranstaltete am 18. Juli in ihren Räumlichkeiten eine spannende Doppellesung, in der auch unser bewährtes VOS-Mitglied Dr. Heinz Schneider sehr erfolgreich zum Zuge kam. Sein Buch „Die Absurdität des Normalen“, aus dem wir vor einigen Jahren schon Vorabdrucke vorstellten („Armlos, harmlos, trotzdem gefährlich“), kommt gut bei den Zuhörern an und weckt Erinnerungen, die so mancher Zeitgenosse womöglich schon vergessen hatte.

Heinz Schneider lebt in der Nähe von Berlin und genießt seinen Ruhestand. Da er in der DDR 1958 aus politischen Gründen beim Medizinstudium zwangsexmatrikuliert wurde, war er zu einer Neuausrichtung seiner medizinischen Ausbildung, die er jedoch mit Energie fortsetzte, gezwungen. Mit Fleiß und Klugheit schaffte er es dennoch, ein angesehener Arzt in der Diabetologie zu werden. 1998 erhielt er für seine beruflichen Erfolge und für seine konsequente politische Haltung eine hohe Auszeichnung. Sein Buch, das immer noch erworben werden kann, wurde bereits in der Fg vorgestellt. Heinz Schneider beschreibt darin die Zustände in der einstigen DDR, deren Absurdität heute für viele Menschen unvorstellbar ist. *B. Thonn*



- Nach den Kranzniederlegungen dankte Holker Thierfeld, Vorsitzender der VOS Chemnitz, für die rege Teilnahme. In seiner Einführungsrede sprach er über den Mut von vielen Jugendlichen, die während und auch nach den Ereignissen vom 17. Juni 1953 zu Streiks aufrufen und etwa nach freien Wahlen verlangten. Er machte darauf aufmerksam, dass die Repressionen gegen politisch Andersdenkende in vielen Staaten

sucht, jungen Menschen den Volksaufstand von 1953 näher zu bringen: „Verständnis wie auch die Auseinandersetzung mit den Jugendlichen auf Augenhöhe halte ich für äußerst wichtig, schließlich ist die Demokratie eben nicht wie von vielen jungen Menschen angenommen, eine Selbstverständlichkeit“.

- Jörg Petzold wiederum schilderte anschließend aus der Perspektive des Zeitzeugen die Geschehnisse

Es ging nicht um Butter, sondern um Freiheit

Mainzer Presse berichtet über Barbara Großes Buchlesung

Mit einer beeindruckenden Lesung stellte Kameradin Barbara Große im Juni ihr Buch „Aus der DDR-Diktatur in die Mainzer Freiheit“ vor. Bei den Zuhörerinnen und Zuhörern, auch bei der Presse, erfuhr sie dafür großes Interesse, denn wiewohl der Ort die Weinstube „Bacchus“ war, gibt doch der Inhalt des Buches keineswegs zur Weinseligkeit, noch weniger zur Fröhlichkeit Anlass.

So stolperte die Mainzer Zeitung allein über die Lieferengpässe, von denen die Autorin zu berichten wusste. Ein Stück Butter – mehr stand der Kundin in der Kaufhalle (im Pressebericht „Supermarkt“ genannt) nicht zu. Dies freilich – wir wissen es – war nur eine Kalamität von vielen.

Dass Barbara Große schließlich das Land DDR verlassen wollte und dafür seit 1976 etwa 200 Ausreiseanträge einreichte, hatte letztlich politische Gründe, die auch in der Zeitung festgehalten wurden und die den Menschen bis heute das wahre Bild der DDR zeigen: Es war kein Sozialismus, sondern ein Gerüst aus Lügen.



Dass Barbara Große, die in dem Artikel als mutige Frau mit trockenem Humor bezeichnet wurde, nachher einen hohen Preis für ihren Kampf für die Freiheit des Westens bezahlen musste, blieb nicht aus. Sie wurde 1983 verhaftet und wegen „Landesverräterischer Tätigkeit“ inhaftiert. Sie kam nach Hoheneck und wurde nach etwa anderthalb Jahren Haftzeit in den Westen abgeschoben. T. Haltern

Anm.: Das Buch wird im hinteren Teil dieser fg-Ausgabe ausführlich vorgestellt.

Zeitzeugengespräch von längerer Dauer

Peter Hippe und Alexander Richter in der JVA Heinsberg

Eine gute Adresse, was die Aufarbeitung der DDR-Geschichte angeht, ist nach wie das Zeitzeugenprojekt der VOS im Bundesland Nordrhein-Westfalen, für dessen Entwicklung und Gelingen insonderheit die Verantwortlichen Detlef von Dechend und Herbert Kühn wesentliche Entwicklungsarbeit geleistet haben. Das Projekt ist in den unterschiedlichsten Institutionen und auf verschiedenen Altersstufen tätig. So war es am 27. Juli zum wiederholten Male in eine Strafvollzugseinrichtung eingeladen, um jugendlichen Inhaftierten etwas über die Diktatur des „Arbeiter- und Bauernstaates“ zu berichten.

Der Ort der Veranstaltung war die Jugend-JVA in Heinsberg (Raum Aachen), die Vertreter des Zeitzeugenprojekts waren der Fg-Redakteur Alexander Richter und Peter Hippe, die beide ähnliche Erlebnisse und teils gleiche Biografien aus der DDR hatten und sich somit im Vortrag gut ergänzen konnten. Moderiert wurde die Veranstaltung – leider zum letzten Mal – vom Mentor der Ruhr-Uni Bochum Dr. Frank Hoffmann.

Festzuhalten wäre, dass das Zeitzeugengespräch an diesem Tag und diesem Ort zu einer ungewöhnlichen Länge führte, was die jugendlichen Zuhörer nicht störte und was keineswegs nur einem Drang nach Abwechslung vom Haftalltag geschuldet war, egal dass sie im Anschluss zu ihrem Ausbildungsplatz mussten.

Peter Hippe, der dem Zeitzeugenprojekt schon lange angehört und erst vor einigen Monaten der VOS beitrug, erweckte mit seinen Schilderungen über die Verfolgung Jugendlicher in der DDR bei den jungen Inhaftierten besonderes Interesse. War er doch früh in die Fänge der staatlichen Organe geraten und ohne Verurteilung in einen berüchtigten Jugendwerkhof gesperrt worden. Später erreichte er durch sein spektakuläres Eindringen in die USA-Botschaft in Ost-Berlin gemeinsam mit seiner Ehefrau und einem befreundeten Ehepaar die Ausreise in den Westen.

Tom Haltern

Die Initiative nun selbst übernehmen

UOKG will Basis zur Klärung von Zwangsarbeit schaffen

Nachdem die Deutsche Bahn AG auf Drängen der SED- Haftopfer ein eindeutiges Gutachten über die in die im Strafvollzug der DDR geleistete Haftzwangsarbeit vorgelegt hat und die noch lebenden betroffenen Opfer dennoch keine Aussicht auf Entschädigungen haben, hat der Dachverband der Organisationen ehemaliger politischer Häftlinge nun Schritte beschlossen, um endlich auch die folgerichtigen Konsequenzen durchsetzen zu können. Nachstehend die Pressemitteilung, die der Vorsitzende Dieter Dombrowski herausgegeben hat.

Die unter der UOKG gesammelten Opferverbände und Initiativen haben am 25. Juni 2016 im Rahmen ihrer Mitgliederversammlung in Berlin folgenden Beschluss verabschiedet:

"Die Mitgliederversammlung beauftragt den Vorstand einen eigenständigen Stiftungsverein ins Leben zu rufen, der dazu dienen soll, finanzielle Mittel aus öffentlicher und privater Hand zu generieren, um damit die Besserstellung und Unterstützung für ehemalige Zwangsarbeiter in der SED-Diktatur zu ermöglichen."

Der Bundesvorsitzende der UOKG, Dieter Dombrowski, erklärt zu diesem Vorstoß:

„Die Deutsche Bahn hat durch ein umfangreiches Gutachten die ungeheuerliche Ausbeutung von politischen Häftlingen in der SED-Diktatur festgestellt. Auch private Unternehmen sind bereit sich bei der Aufarbeitung und Wiedergutmachung zu engagieren.

Da die Politik sich schwer tut, einen Wiedergutmachungsfonds o. ä. zu organisieren, müssen wir, die Opfer, selbst die Initiative übernehmen und Fakten schaffen.“

Ansprechpartner unter 030 / 55 77 93 – 51 UOKG-Geschäftsstelle,

Anm.: Die Fg stellte das Gutachten bereits in der April-Ausgabe 2016 vor und wies darauf hin, dass den Opfern wenig damit gedient sei, wenn als Ergebnis des Gutachtens nicht mehr als das angekündigte „Haft-Museum“ entstehen würde.

Tote können nicht in Berufung gehen, und Lebende fühlen sich hilflos

Die Haltung von Versorgungsämtern und Justiz sorgt bei den Haftopfern für Frust und Entsetzen

Vor über siebeneinhalb Jahren stellte unser VOS-Kamerad Michael Teupel beim Versorgungsamt in Halle einen Antrag auf Feststellung seiner Folgeschäden für die in der DDR erlittene Haft aus politischen Gründen. Der Antrag wurde – was leider nichts Neues ist – abgelehnt, für die weitere Klärung schreibt der Gesetzgeber nun nach einem unerlässlichen Widerspruchsverfahren den Weg der Klage bei Gericht vor. Dementsprechend wurde nun ein Erörterungstermin für den 5. Oktober 2016 vor dem Landessozialgericht festgelegt, zu dem sich Kamerad Michael Teupel mit einer Stellungnahme vorbereitet hat, die er eigentlich als Schlusswort halten wollte, die er allerdings besser am Beginn der Verhandlung vortragen sollte:

Die deutsche Justiz arbeitete Hand in Hand in Sachsen-Anhalt mit dem Staatssicherheitsdienst bei der Verurteilung politischer Straftaten in der DDR. Dabei schreckte sie auch davor nicht zurück, Todesurteile vollstrecken zu lassen. Diese wurden teilweise in der heutigen Gedenkstätte Roter Ochse (Halle/S) und später, bis in die frühen 1980er Jahre in Leipzig vollstreckt. Bei den Urteilen verhängte das Gericht in Halle oft die Höchststrafe für Menschen, die u. a. ihr Leben riskierten, um in die Freiheit des Westens zu gelangen und dort zu leben. Die Zustände in der damaligen Haftanstalt (gemeint ist der Rote Ochse in Halle/S.) waren menschenverachtend. Auch wenn in den letzten Jahrzehnten vor dem Zusammenbruch der DDR keine Häftlinge mehr in Halle hingerichtet worden sind, so war das teuflische System perfide ausgebaut. Die ehemaligen politisch Verfolgten leiden bis heute unter den Erlebnissen der ungerechten Haft.

Der Gesetzgeber hat im Verlaufe mehrerer Jahrzehnte zwar eine Reihe von Gesetzen verabschiedet, um die Folgen der damaligen Menschenrechtsverletzungen zu lindern bzw. zu entschädigen, jedoch ergeben sich mit deren Umsetzung bei dem Versorgungsamt Halle und der hier zuständigen Justiz erhebliche Defizite. So ist es auch nicht mehr

verwunderlich, dass sich gerade das Bundesland Sachsen-Anhalt zum Schlusslicht bei der Anerkennung von Haftfolgeschäden entwickelt hat.

Die zuständige Behörde als Beklagte versteht es geschickt, nicht nur die Verfahren willkürlich in die Länge zu ziehen, sondern sie bestreitet sogar die Foltermethoden der Staatssicherheit der DDR. Dass nicht alle Kläger den Ausgang um die Anerkennung von Haftfolgeschäden erleben, haben eindeutig die Beklagte und die Justiz zu verantworten. Die Verfahrenslänge vor dem LSG ist nicht hinnehmbar. Tote können nicht mehr in Berufung gehen, dies ist eine simple, aber durchaus zutreffende Erkenntnis! Für uns Betroffene ist es nur schwer nachvollziehbar, dass das Versorgungsamt in der heutigen Justiz wieder einen Verbündeten zur Zementierung seines unverständlichen Standpunktes gefunden hat.

Eines möchten wir als politische Haftopfer der DDR unmissverständlich klarstellen: Es darf nicht um eine privilegierte Rechtsprechung durch die Justiz gehen, sondern wir brauchen faire Verfahren, die sowohl den Leiden der Opfer wie auch den geschichtlichen Tatsachen gerecht werden. Dem medizinischen Dienst des Versorgungsamtes Halle wird offenbar mehr Glauben geschenkt als den vorliegenden Gutachten der Opfer. Warum das LSG den Hinweisen der Kläger über die Rolle des medizinischen Dienstes nicht nachgegangen ist, erschließt sich nicht. Obwohl es Sache des Gerichts wäre, den Argumentationen nicht in eine Richtung zu folgen, begrüßen wir es, dass sich nun die Landesbeauftragte der Problematik annimmt. Dem größten Teil der ehemaligen politisch Verfolgten nützt dies jedoch wenig.

Dass im letzten Jahr schon gar kein ein Antrag auf Folgeschäden mehr gestellt wurde, kann sich das Versorgungsamt als „großen Erfolg“ anrechnen. Wir als Opfer können trotzdem verlangen, dass die Justiz in Sachsen-Anhalt sich ein objektives Bild hinsichtlich der Sachlage macht und sich auf die Argumente der Opfer einlässt.

Nützlich wäre ein Gesetz, das das Leugnen von Straftaten der Staatssicherheit der DDR und die Verharmlosung der Unmenschlichkeit des SED-Unrechtsregimes grundsätzlich unter Strafe stellt. Somit wären allein die Versorgungsämter bei der Gewährung von Leistungen infolge der Haftschäden aus der DDR an eine Grundlinie gebunden, und es müsste gar nicht erst zu Gerichtsprozessen kommen, die den Staat zusätzliches Geld kosten und durch die Vielzahl ihrer befremdenden Urteile die Opfer nur noch weiter zermürben.

Eine solche Meinung vertreten letztlich alle ehemaligen politischen Häftlinge und Verfolgten des SED-Staates.

Michael Teupel/ Bund.vorst./Fg

Die Verhältnisse sind alles andere als gut *Über die Situation in den Ämtern und bei Gericht der kommentar*

In der Fg war es nun schon oft genug zu lesen, woran es sowohl den Versorgungsämtern wie auch den Vertretern der Gerichte mangelt, wenn es um die Bewertung von Anträgen zur Anerkennung von Haftschäden geht. Da ist zum einen zu beanstanden, dass – ganz besonders in den Alten Bundesländern – kaum ein Verantwortlicher eine DDR-Haftanstalt von innen gesehen und sich ausreichend mit den Schilderungen von Zeitzeugen befasst hat. Dass das zu sachunkundigen Einschätzungen und Urteilen führt, haben wir nun oft genug erlebt. Statt die Opfer ernst zu nehmen, stellt man sie als Lügner, Trottler oder geldgierige Faulenzer hin. In den Neuen Bundesländern stoßen wir zudem auf das Phänomen, dass in den Ämtern immer noch Mitarbeiter sitzen, die aus sozialistischen Zeiten übernommen wurden oder im Geist der DDR erzogen wurden. Bei Gericht wiederum sind ehemalige Haftrichter oder andere entscheidend an der Verurteilung von politischen „Tätern“ mitgewirkt habende Akteure anzutreffen. Wie soll angesichts solcher Verhältnisse Recht im Sinne der Opfer und Geschädigten gesprochen werden? *H. Diederich*

Rentenbetrug - der Protest geht weiter

Eine weitere Demonstration, diesmal vor dem Bundesverfassungsgericht

Am 21. Juni 2016 setzten die Betroffenen des Rentenbetrugs ihren Protest fort. Dieses Mal ging es nach Karlsruhe zu den höchsten Vertretern unserer Justiz, dem Bundesverfassungsgericht. Während im Gebäude über die fragwürdigen EZB-Anleiheaufkäufe (positiv!) entschieden wurde, begann pünktlich um 10 Uhr draußen unsere Protestdemonstration.



Per Megaphon wiesen alle Redner auf das bisherige Versagen der Politiker zur Beseitigung des 1991 im Bundestag beschlossenen Rentenunrechts hin. Nun endlich sollte die Justiz, nämlich das Bundesverfassungsgericht, unseren alten Rechtszustand nach dem Fremdrentengesetz wieder herstellen. Unsere unselige, ungesetzliche Wiedereingliederung als Bundesbürger in das DDR-Rentensystem sollte sie auf juristischem Weg wieder zurücknehmen.

Bedauerlicherweise nahmen die wegen des EZB-Beschlusses recht zahlreich angereisten Medienvertreter von unserer Demonstration kaum Notiz.



Dem Bundesverfassungsgericht liegt seit nunmehr 3 1/2 Jahren die diesbezügliche Verfassungsklage im Namen von ca. 310.000 betroffenen ehemaligen DDR-Bürgern vor. Die Protestierenden forderten namentlich den Präsidenten Prof. Dr. Vosskuhle und den Vizepräsidenten Prof. Dr. Kirchhoff zum unverzüglichen Handeln auf und nicht auf die biologische Lösung zu setzen. Die Anwesenden versicherten im Anblick des Verfassungsgerichtes, den Kampf gegen den Rentenbetrug unverdrossen weiter zu führen, bis die berechtig-

ten Forderungen seitens der Bundesregierung gehört und erfüllt werden.

Bitte vormerken! Die nächste Protestkundgebung ist für den Herbst wieder in Berlin angesagt! Der Termin steht fest, es ist der 18. Oktober 2016.

Den Organisatoren, insbesondere Dr. Wolfgang Meyer und Wolfgang Graetz, sei für die gute Organisation der Veranstaltung gedankt. Zum Schluss noch ein Gedankenspiel: Wenn wir bei der Rente wieder zu DDR-Bürgern gemacht werden, müsste logischerweise unsere jährliche Rentenerhöhung doch auch der der neuen Bundesländer entsprechend?

Juni 2016 - Felix-Heinz Holtschke

Bezirksgruppe Rhein-Ruhr

Fotos von F. Schaarschmidt übermittelt

Dran bleiben, Mut haben der kommentar

Der Glaube an den Rechtsstaat und an eine umfassende Demokratie bröckelt bei vielen Bürgerinnen und Bürgern so stark wie nie zuvor. Vieles, was auf traditionelle Weise in Briefen an die Politiker des Landes herangetragen wird, bleibt unbeachtet. Es sind vor allem kleinere Gruppen von Betroffenen, deren Forderungen und Nachfragen überhört werden. Dazu gehören die Flüchtlinge aus der DDR, die noch vor dem Mauerfall in den Westen gelangten. Per Gesetzesänderung werden ihnen einstmals zugesagte Rentenansprüche verweigert, und in offenen Interviews oder in Briefen erhalten sie unverblümt die Auskunft, dass das, was einmal garantiert wurde, nun nicht mehr gilt.

Es ist gut, dass wir wenigstens noch das Demonstra-

tionsrecht haben und wir dieses nutzen. Mögen die, die nun in Karlsruhe auf die Straße bzw. den Vorplatz des Verfassungsgerichtes gingen, inzwischen betagt oder „bejahrt“ sein und mag man sie auch ignorieren. Dass wir ihren Protest, den Aufwand, den sie dafür betreiben, mit großem Respekt zur Kenntnis nehmen, bleibt eine Tatsache, und das sollte ihnen (und vielleicht anderen Betroffenen) den Mut zu weiteren Aktionen geben. Denn zu verlieren hat keiner mehr etwas.

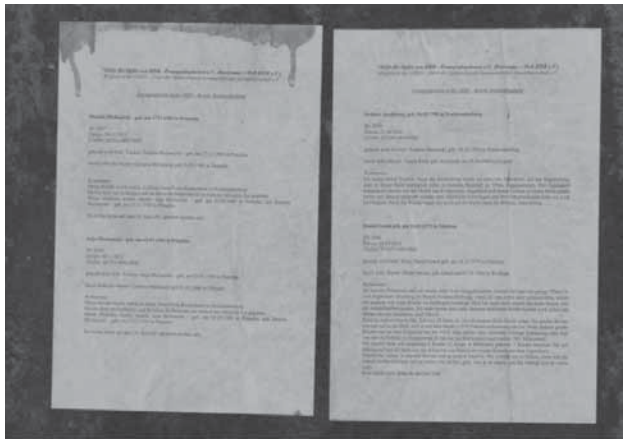
B. Thonn

Was für ein Zeichen möchte die Stadt mit diesem Akt setzen?

In Neubrandenburg wurden wichtige Gedenktafeln kommentarlos entfernt!

Die Stadt Neubrandenburg hat die Gedenktafeln für das KZ-Außenlager und das NKWD-Lager aus der Ihlenfelder Straße 116 vor Jahren abgenommen und im Regionalmuseum eingelagert, obwohl diese auf der offiziellen Denkmalliste der Stadt stehen. Die Stadt verstößt somit gegen das geltende Gesetz: Denkmalschutzgesetz Paragraf 5 Absatz 2 und Paragraf 18?

Diese Erinnerungszeichen an die Verbrechen der faschistischen sowie der kommunistischen Zeit und damit an deren Macht und Herrschaft wurden ohne offizielle Begründung abgenommen.



gesucht wird feibl. Tochter: Anja Michanicki – geb. am 03.03.1984 in Prenzlau
durch feibliche Mutter: Cornelia Michanicki geb 31.03.1966 in Templin

Kommentar
Meine Kinder waren zuerst im Heim Anne-Frank-Kinderheim in Neubrandenburg.
Ich bin dann ins Gefängnis und da haben die Behörden sie einfach zur Adoption frei gegeben.
Meine Mädchen hießen damals Anja Michanicki – geb. am 03.03.1984 in Prenzlau und Daniela Michanicki – geb. am 17.11.1985 in Prenzlau.
Sie sollen beide seit dem 19. Juni 1987 adoptiert worden sein.

Was für ein Zeichen möchte die Stadt Neubrandenburg gegen die Unterdrückung setzen?, bzw. muss man hier ganz unvermittelt fragen: Wurde diese "Gedenktafelentsorgung" durch einzelne soziale, kulturelle, politische Gruppen initiiert?

Sollte in der Diskussion von Denkmälern die Pluralität der Erinnerungskultur nicht gestärkt und ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden? Denkmäler haben auch dann Bestand, wenn ungeachtet der Konflikte bei ihrer Planung, Setzung, Inszenierung und Wartung eine Verständigung über „Differenzen“ erreicht wird. Daran können alle mitwirken, unabhängig von unserem Standpunkt und der zeitlichen Auffassung.

Der Entfernung und Einlagerung dieser Gedenktafeln hat zudem kein Opferverband zugestimmt. Die Stadt Neubrandenburg hat, wie es eigentlich zu erwarten und angemessen gewesen wäre, darüber auch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur nicht informiert. Da stellt sich die Frage, mit welcher Ignoranz arbeiten die Stadtverwaltung und Stadtvertreter in Neubrandenburg? *André Rohloff*

Die Fotos (©André Rohloff) zeigen Zettel mit Suchmeldungen von Vermissten, z.B. von zwangsadoptierten Kindern (unterer Auszug), deren Mutter inhaftiert wurde. Die Spur der Kinder hat sich verloren.

Stadtverwaltung lässt Vertreter der Stasi-Opfer im Regen stehen

In Neubrandenburg haben Baupläne Vorrang vor dem Denkmalschutz und der Geschichte

Neubrandenburg ist eine schöne, historisch geprägte Stadt, in der die politischen Verhältnisse etwas verworren sind. Vertreter aus neun verschiedenen Parteien oder Initiativen wurden zuletzt in den Stadtrat gewählt, darunter entfallen auf die Linke mit 12 Sitzen von insgesamt 42 die meisten. Ganz bestimmt könnte Neubrandenburg noch schöner, vor allem historischer sein, wenn die Stadt sich der jüngeren Vergangenheit – gemeint ist die SED-Diktatur – stellen und einen Beitrag zum Gedenken an die Opfer jener Zeit leisten würde. Möglichkeiten wären gegeben, nicht zuletzt da der Opferverband VOS ganz konkret seine Hilfe angeboten und mit Dr. Fred Mrotzek, unterstützt durch die Leiterin der BStU-Außenstelle Marita Richter, ein Gespräch mit Mitarbeitern der Stadtverwaltung gesucht hat. Ein solches Gespräch, das eigentlich für den 17. Juni verabredet war, fand jedoch nicht statt. Es sollte dabei um die Pläne für die Reste der ehemaligen Stasi-U-Haft auf dem Neubrandenburger Lindenberg gehen. Wie verlautete, wird die Stadt das Gelände zum Bauland für Eigenheime ausweisen, was eine Beseitigung der noch vorhandenen Reste der U-Haft und die Tilgung der vergegenständlichten Erinnerung – etwa für Schulklassen und Touristen – zur Folge hätte. Es handelt sich dabei um einige Mauersegmente und einen Wachturm. Diese müssten entsprechend der Forderung Dr. Mrotzeks auf jeden Fall unter Denkmalschutz gestellt und deren Erhaltung durch die Aufnahme in die Finanzplanung der Stadt abgesichert werden.

Aber wie eingangs erwähnt, ließ die zuständige Abteilung der Stadt die Vertreter der Stasi-Opfer quasi im Regen stehen und gab sich auch ahnungslos, als Fred Mrozek und Marita Richter später im Rathaus vorstellig wurden.

Einen guten Eindruck macht eine derartige Behandlung von Interessenvertretungen – grundsätzlich – nicht. Wir leben nicht mehr in der DDR, wo es Behörden dem eigenen Ermessen überlassen haben, ob man Bürgerinnen und Bürgern Auskünfte gab und sie einfach ignorierte. Oder hat man das in Neubrandenburg noch nicht begriffen?

Fest steht, VOS, BStU und alle Opfer des abgeschafften SED-Regimes werden sich eine derartige Behandlung nicht gefallen lassen, und sie werden sich weiter dafür einsetzen, dass das Gedenken an die schweren Schicksale politisch Verfolgter gegenüber den Bauplänen der Stadt Vorrang haben wird. *H. Diederich*

Zuerst Chef-Ideologe, dann Autor

Das Mitglied des SED-Zentralkomitees

Hermann Kant ist tot

Obwohl er zu DDR-Zeiten als politischer Scharfmacher galt und eigentlich auf die Anklagebank der Geschichte gehört hätte, wurde er nach dem Ende der DDR weiter hofiert und von jenen zu Lesungen eingeladen, die er vordem beschimpft hatte. Hermann Kant starb mit 90. Mag man auch künftig von ihm reden, so werden es doch nur sehr Wenige sein, die sich wünschen, er schreibe immer noch Bücher. *B. Thonn*

Erschossen, ertrunken, verblutet. Und die Leichname verbrannt

Ein schauerliches Krematorium und eine üble Sorte Menschen, die es betrieben haben

Anlässlich des 55. Jahrestages des Mauerbaus wurde am 12. August eine Gedenk-Stele zur Erinnerung an die anonym eingäscherten Toten, die bei Fluchtversuchen an der Mauer zu Tode gekommen waren, eingeweiht. Der Ort, an dem sich die Stele fortan befindet, ist das Krematorium am Baumschulenweg, wo die Toten in der Zeit der SED-Diktatur heimlich eingäschert und ihre Spuren vom Ministerium für Staatssicherheit weitestgehend verwischt wurden. Niemand sollte damals wissen, dass im Herzen Europas Menschen bei dem Versuch die Grenze von einem Teil Deutschlands in den anderen zu überwinden, erschossen wurden, ertrunken sind oder bei einem Fluchtversuch im Todesstreifen verbluteten.

Der Bundesbeauftragte Roland Jahn, dessen Behörde die ersten dreißig solcher Fälle aus den Stasi-Akten rekonstruieren konnte, sagte anlässlich der Einweihungsfeier: „Den Familien wurden Lügen aufgetischt, für sie wurden aus Tagen der Ungewissheit Jahre der Leere.“ Eine Verfahrensweise, die sich durch das gesamte Handeln des MfS zieht und das auch überlebende Opfer zu spüren bekamen.

In der Tat ließ man die Angehörigen der Toten dauerhaft im Unklaren. Ganz kategorisch wurden sie auf ihre Nachfragen hin bei den Behörden schroff abgewiesen, beschimpft und bedroht. Die Kette der Willkür-Beteiligten ist ebenso lang wie jene, der an Verhaftungen und Verurteilungen politischer Opfer und Widerständler Beteiligten. Es sind die Haftrichter, Stasi-Leute, Gerichtsmediziner, Staatsanwälte, Volkspolizisten und hier nun auch die Bestatter, die beim alten Krematorium am Baumschulenweg arbeiteten. Sie alle sorgten ebenso für die notwendigen Formalitäten, zu denen das Ausstellen der Totenscheine, die Manipulation der Sterbedokumente und die Vernichtung aufgefundenen persönlicher Gegenstände gehörten. Und natürlich waren sie auch für das Verbrennen der Leichname zuständig.

Beteiligte – Täter – sind wie üblich nicht auffindbar. Keiner will es gewesen sein, keiner will reden. „Das Schweigekartell wirkt bis heute“, so Roland Jahn. Und der BStU-Leiter bestätigt auch, dass mindestens sechs Fälle bis heute nicht aufgeklärt sind. Klar ist, durch die große Zahl der mysteriösen Einzelfälle lassen sich Unrecht und Unmenschlichkeit des gesamten deutlich und

unwiderlegbar nachweisen. Egal dass Vertreter der Linken und deren Gefolgsleute, die mittlerweile zu einer anderen Partei abgewandert sind, die Unverfrorenheit besitzen, den Schießbefehl und die einstige Existenz einer Vielzahl politischer Gefangener in der DDR – wider besseres Wissen – zu leugnen. R. Buchwald

Fotos (©VOS): Stele mit Blumengebinden. Tafel mit Text. Im Gedenken an die unbekannten und bekannten Toten der Berliner Mauer ohne eigene Grabstelle

Gedenkveranstaltungen mit VOS

Traditionelle Kranzniederlegung des Bundesvorstandes an der Seite des Berliner OB

Wie in jedem Jahr war die Berliner Vertretung der VOS an mehreren Kranzniederlegungen anlässlich des Jahrestages des Mauerbaus beteiligt, wobei die Veranstaltung in der Kapelle der Versöhnung an der Bernauer Straße hervorzuheben ist, bei der auch der Regierende Bürgermeister Michael Müller teilnahm. Ebenso war die VOS beim Gedenken in Eisenach, Görlitz und anderen Orten aktiv. Die Erinnerung an den 13. August 1961 hatte in diesem Jahr ein besonderes Gewicht, war es doch das 55. mal, dass sich der Tag jährt, an dem die Teilung des Landes mit Betonplatten, Stacheldraht, Minen und Selbstschussanlagen für fast drei Jahrzehnte festgeschrieben wurde und viele schwere persönliche Schicksale ihren Lauf nahmen.

Ein Highlight war wie in den drei Jahren zuvor der Mauerweglauf, der über 161 km rund um das ehemalige West-Berlin führte und in der Bestzeit von etwas mehr als 15 Stunden absolviert wurde. Sieger bei den Herren war diesmal Arien Rozenfeld aus Israel, während die Damen-Konkurrenz von Tia Jones aus Australien (17 Stunden) gewonnen wurde. Das Spektrum an internationalen Teilnehmern war diesmal noch größer als im Vorjahr. H. Diederich

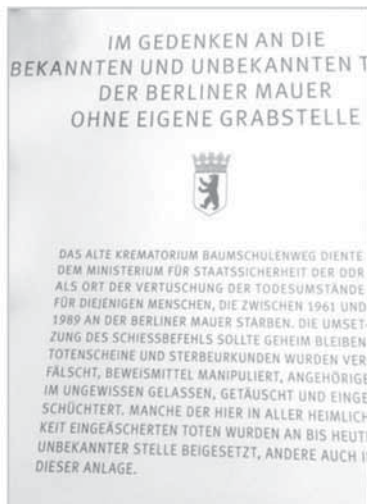
„Die Lebenden müssen den Toten eine Stimme geben!“

Würdiges Opfergedenken der Stadt Malchow

Bereits am 1. Juli fand in Malchow eine öffentliche Gedenkveranstaltung für die Opfer der „Malchower Tragödie“ statt, an der u.a. der Bürgermeister René Putzar, die Landesbeauftragte Anne Drescher und Kreistagspräsident

Thomas Diener teilnahmen. Die VOS wurde durch die amtierende Bundesvorsitzende May-Britt Krüger vertreten. Die Gedenkfeier war Bestandteil des 163. Malchower Volksfestes, das in diesem Jahr zum Weltkulturerbe durch die UNESCO erhoben wurde. Das Gedenken an die 33 Mädchen und Jungen der Stadt Malchow, die nach Kriegsende durch die kommunistische Besetzung schweres Leid erlitten (13 von ihnen kehrten aus der Internierung nicht zurück). Eine wesentliche Aussage des Hauptredners Thomas Diener war: „Die Lebenden müssen den Toten eine Stimme geben ... und dem Vergessen entgegenarbeiten.“ Valerie Bosse

(Nach Bericht von Horst Vau)



Sechs Stasi-Männer in schweren Ledermänteln standen morgens plötzlich wie Gestapo-Leute in unserer Wohnung und bedrohten uns

Nach harten Zeiten folgten schwere, aber zunehmend schöne und erfüllte Jahre in der Freiheit

Erinnerungen wird es geben, solange Menschen leben. Diese Weisheit ist nicht neu und nicht besonders originell. Und doch stößt man vor allem dann auf sie, wenn man sich mit Biografien befasst, die von schweren Schicksalen berichten und die in ein gutes Ende münden. Gemeint ist in diesem Fall das Schicksal von Barbara Große, einer sympathischen Kameradin, die – was bitte nicht falsch zu verstehen ist – wirklich zum Urgestein der VOS gehört und in diesem Jahr nach langem Zögern das Buch ihres Lebens veröffentlicht hat. Dieses Buch hat den Titel „Aus der DDR-Diktatur in die Mainzer Freiheit“ und ist bereits im Juni erschienen.

Barbara Große ist im Jahr 1947 geboren, sie hat damit eine Biografie, die eng an die Entwicklung der DDR gebunden ist. Zunächst erlebt sie die wirtschaftlich schweren Jahre der Nachkriegszeit, in denen die Familie Halt und Geborgenheit bietet. Später lernt sie den Mangel an Wohnraum, Konsumgütern und Nahrungsmitteln kennen und muss sich mit den Nachteilen auseinandersetzen, die junge Menschen auszuhalten haben, die wie Barbara weder zu den Pionieren noch in die FDJ wollen. Trotzdem erlebt sie in der Freizeit, mit Freunden und in der Familie frohe Stunden und kann in einem renommierten Kinderchor an öffentlichen Auftritten teilnehmen.

Die Enge, die Unfreiheiten und die Bevormundungen durch die ideologisch geprägte SED-Diktatur werden ihr erst voll bewusst, nachdem sie geheiratet, eine eigene Familie gegründet und Kinder bekommen hat. Wer die DDR selbst erlebt und erlitten hat, der fühlt beim Lesen dieser Biografie die eigenen Beklemmungen und Ängste jener Zeit noch einmal mit.

Irgendwann standen viele der kritisch denkenden Menschen vor der Frage: Ist dieses Leben im eingemauerten Land mit all seinen Beschränkungen und Erniedrigungen alles? Lohnt es sich, den Weg in Richtung Westen einzuschlagen und einen Ausreiseantrag zu stellen? Barbara Große brauchte längere Zeit, um eine Antwort zu finden. Wirtschaftlich ging es ihr und der

Familie keineswegs schlecht. Sie selbst arbeitete als Postangestellte im technischen Dienst für Rundfunk und Fernsehen, ihr Mann war als Ingenieur tätig. Zudem knüpfte das Ehepaar Kontakt mit einem Ehepaar aus den Niederlanden und erhielt manche materielle Zuwendung. Ein Leben wie es viele DDR-Bürger die Verwandtschaft in der Bundesrepublik hatten, führten.



Doch materielle Sicherheit war nicht alles. Da war zum einen die begrenzte Reisefreiheit, unter der viele litten, zum anderen die grundsätzlichen Einschränkungen des individuellen Daseins. Allein die Namensgebung des ersten Kindes der jungen Familie Große spricht für diesen Zustand. Es war ein Mädchen, das den für DDR-Kinder völlig untypischen Vornamen Clasi erhalten sollte. Clasi, so war auch der Name der Freundin aus den Niederlanden. Die Behörden weigerten sich zunächst, diesen Vornamen zu akzeptieren, so dass die Erstgeborene des Ehepaares Große wochenlang ohne einen beurkundeten Namenseintrag blieb. Erst als die niederländischen Behörden eine Bestätigung für die legale Existenz des Vornamens Clasi in die DDR senden, wird der Name akzeptiert.

Im Jahr 1976 stellt das Ehepaar Große dann erstmals einen Ausreiseantrag. Der Optimismus für das Gelingen ist anfangs groß, doch die Ernüchterung kommt schnell. Die Behörden der DDR wissen längst, wie sie Antragsteller abkochen, bedrohen und in die Isolation treiben können. Es sind genug einstmals

Verfolgte – auch in der VOS – die diese Erfahrung machen mussten. Immerhin, das Ehepaar Große ist schlagfertig und hartnäckig. Barbara und ihr Mann erscheinen immer wieder bei dem zuständigen Mitarbeiter, sie erneuern ihren Antrag und sind dennoch im Alltag – bei der Arbeit und in der Nachbarschaft – noch gut angesehen, obwohl sich später bei der Einsicht in die Stasi-Akten das „Mitwirken“ zahlreicher IM herausgestellt hat.

Der Schrecken lässt sich freilich nicht vermeiden, als eines Morgens im Jahr 1983 die Stasi mit einem sechs Mann starken Kommando, alle in schwere Ledermäntel gepresst, kommt und Barbara Große verhaftet. Es folgen sechs Monate U-Haft, der Abtransport nach Hoheneck und 1984 der Weg in die Freiheit.

Dieses Buch ist spannend, authentisch und mit optimistischem Grundton geschrieben. Es verschweigt auch die schweren Phasen nach der Übersiedlung nicht. Die Nachwirkungen der Haft und des langjährigen Kampfes um die Ausreise. Auch von den Startschwierigkeiten in der neuen Welt, wo man mit einem Mal für alles selbst verantwortlich ist und einen die Verlockungen des Wohlstandes schnell in die Schuldenfalle bringen können, kann man lesen. Wohl dem, der in diesen ersten Monaten Freunde und Verwandte an der Seite hat, die helfen.

Leider verliert Barbara Große wenige Jahre nach dem Mauerfall ihren Mann. Er kann im neuen System nicht Tritt fassen und leidet intensiv an der im SED-Staat erlittenen Zermürbung. Sie selbst hat jedoch das Glück, eine anspruchsvolle Arbeit beim SWR zu bekommen. Hier ist sie als Mensch beliebt und als Kollegin geschätzt und behält ihren Job bis zur Rente.

Es ist ein Buch, das der Aufarbeitung dient und nicht nur uns Betroffene an vieles erinnert. T. H.

Barbara Große: **Aus der DDR-Diktatur in die Mainzer Freiheit.** 978-3-741-20892-8, 220 S., mit zahlreichen Aktenkopien. Bei BoD. Preis: 15 €. Auch über VOS und im Internet

Umwelt, Untergrund und Unruhe

Die DDR von ihren grausamen und unschönen Seiten gezeigt

Dass die Umwelt in der DDR ein Problem ganz besonderer Art war, wusste wohl jeder. Doch niemand durfte sich öffentlich kritisch dazu äußern, ohne dass er dafür verfolgt oder inhaftiert wurde. Umso wichtiger waren Initiativen, die sich – im Untergrund oder mit einem harmlosen Anstrich – für Verbesserungen der Umwelt und für die Überwindung dieses Themas als Tabu einsetzten. In dem Buch **„Dicke Luft: Zwischen Ruß und Revolte“** von Michael Beleites finden wir Fotos, Dokumente und Schilderungen zur Entstehung einer

zukunftsbewussten Umweltbewegung in der DDR.



Ein ebensolches Tabu war die Verhängung von Jugendstrafen. Bis heute wird – gerade wegen der groben Verstöße gegen jede Humanität und jedwede Rechtsstaatlichkeit – viel zu wenig darüber berichtet und auch kaum eine angemessene Aufarbeitung betrieben. Nun ist noch einmal in Neuauflage das Buch eines Betroffenen, Achim Beyer, aus dem Kreis der einstigen „Werdauer Oberschüler“ erschienen. Diese Jugendlichen setzten ihre Freiheit und ihr Leben aufs Spiel, indem sie kurz nach



Staatsgründung der DDR Flugblätter verteilten, in denen sie zum Widerstand und zum Sturz der Diktatur aufriefen. Achim Beyer war einer der Jüngsten aus dieser Gruppe. Er gehörte bis zu seinem Tod im Jahr 2009 der VOS an und setzte sich für die Interessen der SED-Opfer und für eine wahrheitsgetreue Aufarbeitung der Diktatur ein. Sein Buch trägt den Titel **Urteil: 130 Jahre Zuchthaus – Jugendwiderstand in der DDR und der Prozess gegen die ‚Werdauer Oberschüler‘ 1951**

Aus der Schriftenreihe des Landesbeauftragten für die Unterlagen des MfS der ehem. DDR Freistaat Sachsen.

Erschienen in der Evangelischen Verlagsanstalt Leipzig (interessante Web-Site) zum Preis von 9,80 €.

Eine unverständliche Regelung!

Nach wie vor bleibt die „Halbjahresklausel“ bei der Gewährung der Opferrente umstritten

Seit vor eineinhalb Jahren die Besondere Zuwendung für ehemalige politische Häftlinge aus SBZ/DDR erhöht wurde, ist das Thema Opferrente aus den aktuellen Medienbeiträgen verschwunden. Dennoch bestehen die vormalig angemahnten offenen Fragen – Halbjahresklausel und Übertragbarkeit auf Hinterbliebene – weiter. Ebenso wenig wird über eine nachträgliche Erhöhung der monatlichen Haftentschädigung geredet. Dass insbesondere die Verweigerung einer Opferrente für Inhaftierte mit einer Haftdauer von weniger als einem halben Jahr weiterhin besteht, ist nicht nur für die Betroffenen schwer hinnehmbar. Diese Opfer leiden nicht weniger als jene, die ein Jahr und länger inhaftiert waren. Und sie leiden nicht nur wegen der finanziellen Einbuße, sondern auch, weil sie sich in der Bewertung ihres Schicksals und des geleisteten Widerstands nicht ausreichend anerkannt sehen.

Einer dieser Betroffenen ist Lutz Lorenz aus Leipzig, der mit nachstehendem Schreiben an den Petitionsausschuss des Bundestages seine Verzweiflung erkennen lässt und um Unterstützung bittet:

Sehr geehrte Damen und Herren.

der 17. Juni ist wieder vorbei. Mahnenden Reden wurden gehalten und die diktatorische Vergangenheit im damaligen System richtigerweise verdammt.

Was war der schlimmste Moment während der Verfolgung und der Haft? Für mich als damals 18-Jährigen (8 bzw. 6 Monate Haft) die über einjährige Tortur mit haftähnlichen Tagen und Wochen vor und nach der direkten Haftzeit.

„Niemand kann jemals das Leid und Unrecht, das Sie erfahren haben wieder gut machen.“ So die Aussage des Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich beim Dresdner Festakt. Daher ist mir weiterhin äußerst unbegreiflich, dass dieses anerkannte Leid, die Unterdrückung und vor allem die Haft von einem Tag auf den anderen (180 zu 179) keinen Euro mehr wert sind. Solch eine Entscheidung von nicht betroffenen Politikern und Regierenden ist inhuman und rechtsstaatlich nicht vertretbar. Eine Demütigung für mich und meine damalige pazifistische Überzeugung/Entscheidung gegen militärischen Dienst in der NVA und gegen die Benutzung von Waffen generell, woraufhin eine Verfolgung veranlasst wurde.

Ich hoffe noch immer, dass die jetzige Regierung sich des Guten besinnt, die Opferrente gerecht aussetzt und mich nicht weiter ausgrenzt. Wer die vergangenen Diktaturen heute gerechterweise geißelt, muss die direkten Opfer auch gerecht behandeln und entschädigen.

Somit gebe ich die Hoffnung auf Vernunft und Gerechtigkeitssinn der dafür verantwortlichen Menschen/Regierenden in unserem Rechtsstaat nicht auf.

Mit 175 Tagen in meinem damals jungen Leben wohl mehr als berechtigt! Lutz Lorenz

Anm. .d. Red.: Das Schreiben wurde am 5. Juli 2016 verfasst und nimmt Bezug auf die Berichterstattung zum Festakt 17. Juni in der LVZ.

Was die wirklichen Zeitzeugen zu sagen hatten, wurde verschwiegen

Achtzig Jahre nach Beginn des Spanischen Bürgerkrieges deckt Dr. Jörg Bernhard Bilke den verlogenen Umgang der DDR-Propaganda mit Verlauf, Ergebnissen und den Beteiligten auf

Im Sommer 1956, zwei Jahrzehnte nach Beginn des Spanischen Bürgerkriegs am 17. Juli 1936, fand in Ost-Berlin, der Hauptstadt des SED-Staates, eine merkwürdige Ehrung statt: Neben Hunderten von überlebenden Spanienkämpfern, die wegen ihres tapferen Einsatzes 1936/39 auf republikanischer Seite ausgezeichnet werden sollten, wurden auch Kommunisten geehrt, die nachweislich keinen einzigen Tag ihres Lebens an der Bürgerkriegsfront in Spanien verbracht hatten! Darunter waren beispielsweise der „Spanienkämpfer“ Walter Ulbricht (1893 bis 1973), der im französischen Exil gelebt hatte und 1938 nach Moskau emigriert war, der „Spanienkämpfer“ Stephan Hermlin (1915 bis 1997), der von Palästina, wohin er aus Deutschland geflohen war, nach Spanien aufgebrochen, aber nie dort angekommen war, sondern ängstlich in Paris den Ausgang des Bürgerkriegs abgewartet hatte, und der „Spanienkämpfer“ Erich Mielke (1907 bis 2000), später DDR-Minister für Staatssicherheit 1957/89, der immerhin als „Hauptmann“ bei den „Internationalen Brigaden“ registriert gewesen war, aber nicht an der Front gekämpft, sondern hinter der Front Anarchisten und Trotzlisten liquidierte! Das alles kann man nachlesen im zweiten Band des „Deutschen Tagebuchs“ (1961) des Ost-Berliner Literaturprofessors Alfred Kantorowicz (1899 bis 1979), der 1936/38 in Spanien gekämpft, aber zwei Jahrzehnte später, im Sommer 1957, mit dem Kommunismus gebrochen hatte und nach Westberlin geflohen war.

Der Spanische Bürgerkrieg, der 1939 mit einer verheerenden Niederlage für die republikanische Seite beendet wurde, war kein Forschungsobjekt für die DDR-Geschichtsschreibung, obwohl 5.000 Deutsche, vornehmlich Sozialisten und Kommunisten, in den „Internationalen Brigaden“ gekämpft hatten. Hunderte von ihnen, die danach ins Exil gegangen waren, lebten, wie Walter Janka (1914 bis 1994), Leiter des Aufbau-Verlags 1953/56, nach 1949 im SED-Staat und bezogen hohe Versorgungsren-

ten und andere Vergünstigungen. Wer in Spanien gekämpft oder, nach DDR-Lesart, sein Leben im „Klassenkampf“ gegen den Faschismus eingesetzt hatte, war zeit lebens ein angesehener Mann, der noch im Rentenalter als Zeitzeuge gefragt war.

Aber dass der Beitrag deutscher Kommunisten zum Spanischen Bürgerkrieg, anders als die gescheiterten Revolutionen von 1848/49 und 1918/19, kaum wissenschaftliche Aufarbeitung fand, hat seine Gründe: Niederlagen feierte man nicht! Und von den unbestechlichen Zeugen dieser Niederlage, die einer staatlich verordneten Heroisierung hätten widersprechen können, lebten 1959 noch 350 im SED-Staat.

Deshalb dürfte es kaum verwundern, dass das Kriegsgeschehen in Spanien 1936/39 in den DDR-Geschichtsbüchern weitgehend ausgeblendet wurde. Im kümmerlich geratenen „Abriss der Spanienliteratur“ (1960), der der literarischen Aufarbeitung des Bürgerkriegs gewidmet war, wurden vornehmlich zwei Autoren behandelt, die heute längst vergessen sind: Bodo Uhse (1904 bis 1963) und Eduard Claudius (1911 bis 1976)! Ihre beiden Spanien-Romane „Leutnant Bertram“ (1944) und „Grüne Oliven und nackte Berge“ (1945) wurden kaum gelesen und waren, anders als Anna Seghers' Widerstandsbuch „Das siebte Kreuz“ (1942), unbrauchbar für die Literaturagitation im Deutschunterricht an DDR-Schulen.

Aber auch die Autoren, die als Kriegsteilnehmer authentische Berichte geliefert hatten wie Ludwig Renn (1889 bis 1979), Alfred Kantorowicz (1899 bis 1979) und Willi Bredel (1901 bis 1964), waren politischen Pressionen ausgesetzt, weshalb ihre Werke nur gekürzt und verstümmelt erscheinen konnten. Am glimpflichsten kam noch Willi Bredel davon, der der Hamburger „Arbeiterklasse“ entstammte und 1933 im Hamburger Konzentrationslager Fuhlsbüttel gesessen hatte. Als braver Parteisoldat, der in seinem Roman „Begegnung am Ebro“ (1939) aus „parteilicher Sicht“ über

die Kämpfe berichtet und sich jeglicher Kritik an der Kriegsführung der „Internationalen Brigaden“ enthalten hatte, blieb er mit seinem Spanien-Buch, das auch 1977 in die Gesammelten Werke aufgenommen wurde, unbehelligt; zumal er als Politkommissar des Thälmann-Bataillons auch das „schädliche Wirken“ der Anarchisten und Trotzlisten schilderte. Anders erging es Ludwig Renn, dessen Buch „Der spanische Krieg“ (1955) weit aus kritischer ausgefallen war und deshalb auch nur in gekürzter Fassung erscheinen konnte. Die vollständige Ausgabe wurde erst 2006 in Berlin veröffentlicht.

Der Berliner Jurist, Journalist und Redakteur Alfred Kantorowicz war 1931 der KPD beigetreten und 1933 nach Paris emigriert, wo er schon 1928/29 als Kulturkorrespondent der „Vossischen Zeitung“ gelebt hatte. Drei Jahre später zog er als Freiwilliger in den Spanischen Bürgerkrieg und kehrte 1938 nach Frankreich zurück. Nach dem Kriegsausbruch im September 1939 konnte er im Juni 1940 aus Marseille im unbesetzten Frankreich in die Vereinigten Staaten fliehen. Anderen kommunistischen Emigranten wie Anna Seghers beispielsweise wurde dort das Asyl verweigert, weshalb sie nach Mexiko ausweichen mussten. Sein „Spanisches Tagebuch“, das er im Exil in Südfrankreich nach Aufzeichnungen während des Bürgerkriegs geschrieben hatte, erschien 1948 im Ost-Berliner Aufbau-Verlag – damals schon in gekürzter und verstümmelter Fassung. Warum die SED-Zensoren schon mit dieser ersten Fassung nicht zufrieden waren, das teilte uns der Verfasser im Vorwort zur zweiten Fassung mit, die in erweitertem Umfang 1966, zum 30. Jahrestag des Bürgerkriegs, in Köln erschien. In einem Beschluss des Politbüros, dem Machtzentrum des SED-Staats, waren 1951 alle Kritikpunkte genannt, die dazu führten, dass das Buch nicht nur nicht in die 1945 gegründete „Bibliothek Fortschrittlicher Deutscher Schriftsteller“ aufgenommen wurde.

→ S. 13 oben

Stattdessen wurde auch die zweite Auflage, die mitten in der Auslieferung war, mit folgender faden-scheiniger Begründung eingestellt: „Es ist voller Schwächen und nicht das Spanienbuch, was wir brauchen. Das Buch ... ist aber zweifellos vom Gesichtswinkel der Intellektuellen aus geschrieben. Es lässt den Parteistandpunkt vermissen. Sowohl die Rolle der spanischen Kommunistischen Partei als auch der entscheidende Anteil der deutschen Kommunisten am spanischen Befreiungskampf bleiben nahezu unberücksichtigt.“

Zu dieser für den Autor unerträglichen „Mängelliste“, die auf blanker Unkenntnis des Buches beruhte, reagierte Alfred Kantorowicz mit berechtigtem Zorn. Der Brief mit den Vorwürfen einer „politisch verantwortlichen Stelle“, der ihm am 15. Dezember 1951 von Willi Bredel, dem Herausgeber der Bibliothek, zugestellt worden war, wurde erst acht Wochen später, am 12. Februar 1952, von ihm beantwortet.

Wir erfahren aber auch in diesem Vorwort, wie das Manuskript entstanden und über den Krieg gerettet wurde. So hätte der Verfasser „aus der amorphen Masse der Notizen“ ein Manuskript von „rund 800 Schreibmaschinenseiten“ gefertigt, von denen er „einen Durchschlag vor der zweiten Internierung im Hause meines Freundes Lion Feuchtwanger“ deponiert hätte. Sie gelangten im Gepäck des Schriftstellers auf der Flucht von Marseille 1941 ins kalifornische Exil, von wo sie dem Autor, der inzwischen in New York lebte, zugeschickt wurden. Eine zweite Kopie war von französischen Freunden in einer Ölhaut vergraben worden und konnten so dem Zugriff der GESTAPO entzogen werden, auch diese Kopie wurde dem Autor nach Kriegsende wieder zugestellt.

Zu dieser oben erwähnten „Mängelliste“ nahm Alfred Kantorowicz ausführlich Stellung und widerlegte die „Vorwürfe“, ohne freilich von der „politisch verantwortlichen Stelle“, von der sie erhoben worden waren, jemals einer Antwort gewürdigt zu werden.

Wenn man heute beide Ausgaben, die von 1948 und die von 1966, miteinander vergleicht, dann erkennt man, warum das die Literatur überwachende Politbüro auf einer

„rudimentären Veröffentlichung“ (Alfred Kantorowicz) bestanden hat. Bei einer vollständigen Veröffentlichung des Textes wäre aller Voraussicht nach eine kaum mehr einzudämmende Diskussion über das, was in Spanien wirklich geschehen ist, ausgebrochen. So berichtet er in einem Pariser Tagebucheintrag vom 1. Mai 1938, von einer Sitzung des „Bundes der Spanienkämpfer“: „Da waren etwa zwanzig deutsche Invaliden versammelt, Verwundete, Armlose, Beinlose, Schüttler, alle bedrückt, hungrig, fertig mit den Nerven. Da sitzen diese armen Jungen mit ihren zerschossenen Knochen und müssen sich (von einem selbstzufriedenen Parteibeamten) das erste einer Reihe von Referaten über den Trotzkismus anhören.“

Und noch ein anders Thema schnitt Alfred Kantorowicz in der Vollfassung seines Tagebuchs an, wovon er während des Bürgerkriegs nichts gewusst, allenfalls geahnt hatte: Die Verfolgung und Ermordung von Anarchisten und Trotzkisten hinter der Front! Über solche Gräueltaten konnte er später in den Büchern „Mein Katalonien“ (1938) des Trotzkisten George Orwell (1903 bis 1950) und „Das große Beispiel“ (1940) des Kommunisten Gustav Regler (1898 bis 1963) nachlesen. Demnach gab es ein „schwimmendes Konzentrationslager“ auf einem Schiff im Hafen von Barcelona, auf dem Folterungen und Erschießungen vorgenommen wurden, und in Albacete, dem Zentrum des Verwaltungsapparates der „Internationalen Brigaden“, einen Folterkeller, der auf Befehl Walter Ulbrichts eingerichtet worden war. Beide Autoren sind durch das Erlebnis der Spanischen Bürgerkriegs, über den noch keineswegs das letzte Wort gesprochen ist, zu Abtrünnigen des Weltkommunismus geworden.

Dr. Jörg Bernhard Bilke

Nachtrag: An den deutschen Schriftsteller und Kommunismus-Aussteiger Alfred Kantorowicz wird durch eine Gedenktafel in Berlin-Wilmersdorf, Kreuznacher Straße 48 erinnert. Hier sind die entscheidenden Stationen seines politischen und publizistischen Wirkens und seine Lebensdaten festgehalten. Die Tafel kann im Internet aufgerufen werden.

Verkaufen und kaufen

Wer hat Interesse? E- Scooter preisgünstig abzugeben

Wer kann einen fahrbaren Untersatz (geeignet für eine Person und nutzbar für Fahrten in der Stadt oder außerhalb) brauchen? Leicht zu bedienen, gute Reichweite (60 km), bequemes Sitzen und gar nicht so langsam (bis zu 15 km/h). Der Verkaufspreis ist mit 2000 € angegeben (noch verhandelbar). Der Neupreis betrug 4000,- €.



Der E-Scooter wurde vom Verkäufer im November 2015 neu von der Firma Seeger 24 erworben. Er kann 220 kg laden und muss nun aus Krankheitsgründen abgegeben werden. Er wurde nur einmal benutzt. Das Fahrzeug kann jedoch nicht geliefert werden, der Käufer muss es also abholen. Ansprechpartner bzw. Verkäufer: Karl-Heinz Seel, Tel: 030 - 3385 32 07. Informationen auch über die BGSt der VOS in Berlin. *BGSt/Fg*

Verkehrter Ball am Brandenburger Tor?

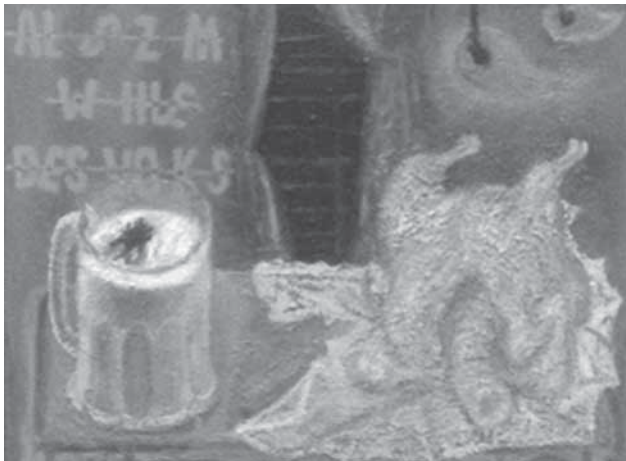
Zahlenmäßig werden es zwar nicht unbedingt mehr, aber sie sind immer noch da: jene Leute, in deren Köpfen die DDR als die Vorstufe der Verwirklichung einer menschlichen Gesellschaft gegolten hat. Anlässlich des 55 Jahre zurückliegenden Tages des Mauerbaus trugen einige unbelehrbar gebliebene mit Info-Ständen und in blauen FDJ-Hemden die alt-stalinistische Gesinnung zur Schau und legten sich in Diskussionen mit Opfern des SED-Regimes an. Wären da nicht die vielen Maueropfer, könnte man diese Demonstrationen an Rückständigkeit auf die leichte Schulter nehmen und belächeln. Leider kann man es nicht. *H.Died.*

Über Nischenkunst in der DDR

Eine interessante Retro Ausstellung in Berlin

Noch bis zum 16. September ist im Berliner Martin-Gropius-Bau die Ausstellung *Gegenstimmen* zu sehen, in der oppositionell eingestellte Künstlerinnen und Künstler aus der untergangenen DDR Werke zeigen, die in den volkseigenen Ausstellungsräumlichkeiten und den Galerien kunstbildender Stätten nichts zu suchen hatten, da sie vom SED-Kurs abwichen oder tatsächlich auch Widerstand zum Ausdruck brachten. Abweichertum, wie man sich erinnert, war in der DDR unerwünscht, offene Kritik war nicht erlaubt. Allerdings mussten Abweichler und Kritiker nicht zwangsläufig mit Inhaftierungen oder Verfolgung rechnen, sie hatten sogar die Möglichkeit, ihre übrigen Werke, die sich im Einklang mit dem sozialistischen Kurs befanden, zu zeigen und zu verkaufen. Gefährlich wurde es für staatsfeindlich eingestellte Künstler, wenn sie in Verbindung mit dem Westen traten und dort zu veröffentlichten oder dorthin überzusiedeln versuchten. Dann nämlich litt das Ansehen der DDR öffentlich Schaden.

Dass es eine Vielzahl an Malern und Bildhauern gab, die sich nicht in das Schema sozialistischer Einheitskunst pressen lassen oder sich lediglich der eigenen Inspiration folgend verwirklichen wollten, wird nun in der Ausstellung im Gropiusbau offenkundig. Auch in den Künstlerkreisen kristallisierte sich die vielzitierte Nischengesellschaft des Arbeiter- und Bauernstaates zunehmend heraus. Man darf freilich nicht erwarten, dass die hier gezeigten Exponate in jedem Fall den Titel „künstlerisch besonders wertvoll“ verdienen und dass jedes Werk die Ablehnung oder den Widerstand gegen das SED-Regime offen zum Ausdruck brächte. Dafür bietet die Kunst genügend Möglichkeiten, politische Motive zu verschleiern oder zu verstecken. Zudem wollte und konnte nicht jeder Künstler ein Dissident sein und die Gefahr der Inhaftierung riskieren.



Interessant immerhin die Anekdoten, die zu den meisten Bildern zu lesen sind. So musste der im politischen Konflikt mit der DDR lebende Dresdner Künstler Peter Graf im Jahr 1982 auf die Ausstellung eines Bildes verzichten, da er gegen die sozialistische Ethik verstieß. Sein Bild zeigte als Motive einen eher unappetitlich aussehenden Hähnchen-Broiler und ein Bierglas mit einer dicken Fliege. Zudem „zierte“ das Bild eine der üblichen SED-Losungen (ALLES ZUM WOHELE DES VOLKES – ERICH HONECKER) mit fehlenden Buchstaben.

Valerie Bosse

Über geplante Entführungen

Ein interessantes Dokument ist aufgetaucht

Aus seinem privaten Archiv brisanter Stasi-Akten stellte der frühere VOS-Bundesvorsitzende Ehrhard Göhl der Fg ein Dokument zur Verfügung, das ihm selbst und einigen Gleichgesinnten zu Zeiten der Teilung wenig schmeichelhafte Aussichten bezüglich einer gesundheitlich unbeschädigten Zukunft verhieß. Er (Ehrhard Göhl), Hartmut Richter (langjähriger politischer Häftling in der DDR) und einige andere hochkarätige Staatsfeinde sollten laut „Bearbeitungskonzeption zur Bekämpfung der Feindorganisation“ (gemeint sind die frühere VOS und die IGfM) „unbedingt in die DDR verbracht werden“. Sollte dies nicht umsetzbar sein, so „ist evtl. tdl. Unfall zu erwägen“. In dem Papier, das vor einigen Jahren aufgetaucht ist, werden Ehrhard Göhl und die anderen Genannten als „eingefleischte DDR-Feinde“ bezeichnet.

Derartige Absichten lassen den Leser bis heute erschauern. Unversehens stellt sich die Frage, was geschah mit dem Fußballer Lutz Eigendorf, warum bleibt der Mord an Michael Gartenschläger ungeahndet, warum sind die Umstände um den Tod des Regimekritikers Jürgen Fuchs bis heute unaufgeklärt.

Es ist schade, aber auch bezeichnend, dass Dokumente dieser Art und von solcher Brisanz unter Verschluss gehalten und nicht einer breiten Öffentlichkeit präsentiert werden.

B. Thonn

Olympia – die Luft ist durch massive Dopingvorwürfe raus

Warum wurde Russland nicht ausgeschlossen?

Früher waren die Sowjets führende Medaillensammler, weil sie ihre Sportlerinnen und Sportler offensichtlich systematisch dopten. Russland, Rechtsnachfolger der Sowjetunion, ist zwar von der einstigen Führungsrolle weit entfernt, das Doping wird jedoch wie eh und je betrieben. Und egal, dass diese Tatsache bekannt ist, wurden nur ein paar vereinzelte Aktive ausgeschlossen. Es heißt, dies sei eine politische Entscheidung, was sicher ein Grund ist. Man wolle Putin nicht verärgern. Der Erfolg dieser Maßnahme ist bescheiden. Nach wie vor stänkert der russische Präsident in der Ukraine, lässt er seine Bomben auf Syrien werfen, hält er die Krim besetzt. Und sein neuester Schachzug, die Zweck-Versöhnung mit dem türkischen Präsidenten Erdogan, lässt die Welt nichts Gutes ahnen. Es wäre nicht das erste Mal, dass eine Allianz zweier Diktatoren zu einem Konflikt größeren Ausmaßes führt. Wachsamkeit ist geboten.

Hugo Diederich

Erinnerung an Benno Prieß

Aus dem Tagebuch des VOS-Aktivisten Gustav Rust, der täglich am Reichstag steht und sich um die Opferkreuze, Kränze und Kerzen bemüht:

Vor etwa zwei Wochen stand ich mit einem Hessen im Alter von etwa 50 Jahren am Gedenkkreuz für die Helden des 17. Juni 1953, daneben das Plakat mit den Büchern von Kamerad Benno Prieß. Ich zeigte auf Erschossen im Morgengrauen: "Dafür hatta zweemal det Bundesverdienstkreuz jekricht ... und hat 8 Jahre untan Iwan jesessen."

Kameradschaftliche Grüße, euer Gustav Rust

Er war auf bizarre Weise in die Fesseln der SED-Diktatur geraten

Nachruf auf unseren Kameraden Xing-hu Kuo

Als vor etwas mehr als einem Jahr die Jubiläumsausgabe 750 der Freiheitsglocke erschien, bekam Kamerad Kuo als Zeitzeuge und als früherer Redakteur die Gelegenheit, über sich, die VOS und die gesellschaftliche Entwicklung zu sprechen. Der Redakteur hatte ihn für diese Aufgabe ausgewählt, weil Kuo trotz seiner Herkunft – er stammte aus Indonesien – in die bizarre politische Situation des geteilten Deutschland verstrickt und auf unschuldige und letztlich ungeklärte Weise zu einem ihrer auffälligsten Opfer wurde. Nach mehr als sieben Jahren durfte er den Knast von Bautzen verlassen und aus der DDR in den Westen ausreisen. Hier kamen ihm die großzügigen sozialen Bedingungen der Bundesrepublik zugute. Er wurde deutscher Staatsbürger, arbeitete als Journalist und gründete später den nach seiner Frau benannten Tykve Verlag, in dem er vielen *Nobodys*, die gleich ihm ein Haftschicksal in der erlitten hatten, die Chance gab, über ihre schwere Zeit in der DDR zu berichten. Seine eigenen Erfahrungen, auch seine aus der Haft rührenden gesundheitlichen Schäden, positionierten ihn bedingungslos auf der Seite der politischen Häftlinge. Er versuchte durch die selbst erlittene Haft auf die Schicksale aller Häftlinge aufmerksam zu machen und forderte kompromisslos großzügige finanzielle Entschädigungen für alle. Als er sich nach dem Ende der Teilung auf einen großen Prozess gegen die damalige PDS einließ, erlitt er – nicht ganz unerwartet – Schiffbruch und zahlte selbst erheblich drauf. Und dies nicht nur in finanzieller Hinsicht und durch die Verschlechterung seines Gesundheitszustandes, sondern auch der politische Gegner brachte ihm nun noch weniger Respekt entgegen. Kuo ging für mehrere Jahre in die Niederlande, wo er mit der Veröffentlichung seines Schicksals noch einmal großes Aufsehen erreichte. Als er gegen 2008 nach Deutschland zurückkehrte, meldete er den Tykve Verlag bei den Behörden ab, so dass die Veröffentlichungsrechte der Bücher an die jeweiligen Autoren zurückfielen.

Sein Tod wurde trotz der siebeneinhalb Jahre Haft in der Öffentlichkeit wenig beachtet. So wie auch viele andere Opfer – die noch leben – wenig beachtet werden. In der Aufarbeitung des SED-Unrechts ist für die vielen Anonymen wenig Platz. Das ist schade, denn es hätten noch eine Menge Betroffene etwas zu sagen.

In der VOS wird Kamerad Xing-hu Kuo sein Gedenken behalten. Egal, wie andere zu ihm stehen mögen.

Seine Aktionen, seine Forderungen, seine ungewöhnliche Vita sind eine Bereicherung für den Verband, und seine Verurteilung, seine Haft geben bemerkenswert Zeugnis für ein politisches System, das sonst im Rückblick zunehmend der Verharmlosung anheimfiele.

Tom Haltern

Du wirst nun viele Jahre für uns arbeiten

Gerhard Penzel mit 98 Jahren verstorben

Bereits im Februar dieses Jahres verstarb einer unserer ältesten Kameraden, Gerhard Penzel, der inzwischen das gesegnete Alter von 98 Jahren erreicht hatte und im nächsten Jahr die Hundert vollendet hätte.

Über Gerhard Penzel berichteten wir bereits ausführlich anlässlich seines 95. Geburtstages in der Ausgabe der Fg 720. Ich bin anlässlich dieses Jubiläums zu ihm in die Nähe von Bremen gefahren, und wir hatten ein ausgiebiges, interessantes Gespräch, das ich gewiss nicht vergessen werde. Der Eindruck, den Gerhard Penzel bei mir hinterlassen hatte, war erfüllt von Warmherzigkeit und Dankbarkeit. Ein Mensch, der so viel Schweres und so viel Unrecht erleben musste und sich dennoch auf die schönen Seiten des Lebens besinnt und diese Eigenschaften im hohen Alter ausstrahlen vermag, verdient selbst Sympathie und Anerkennung, und dies weit über den Tod hinaus.



In Erinnerung ist mir jener Satz geblieben, mit dem der Dolmetscher der Sowjets 1947 Gerhard Penzel das Urteil von 25 Jahren – zum größten Teil in Workuta verbracht – verkündete: „Du wirst nun viele Jahre für uns arbeiten.“ Gerhard Penzel hat die Mitteilung mit einem fast gutmütigen Lächeln wiedergegeben. Ihm war längst bewusst, dass er nach dieser langen, schweren Zeit und der Übersiedlung in den Westen im Jahr 1956 nicht mehr der Verlierer, sondern ein Gewinner der Geschichte geworden war. Er hat sich beruflich entwickelt, eine Familie gegründet und ein schönes Heim bekommen. Und lange Zeit hat er sich um die VOS bemüht, der er als Bezirksgruppenvorsitzender genau sechzig Jahre angehört hat.

A.R.

Foto: Gerhard Penzel (rechts)
Xing-hu Kuo (mit Gustav Rust, links)

Wir trauern um

Harald Würz
Georg Siegler
Gerhard Penzel
Harald Arneke
Ruth Pöhlend
Gerhard Garjek
Xing-hu Kuo
Felicitas Rosentreter

Bezirksgruppe München
Bezirksgruppe Bonn
Bezirksgruppe Bremen
Bezirksgruppe Freiburg
Bezirksgruppe Plauen
Bezirksgruppe Westprignitz
Bezirksgruppe Berlin
Bezirksgruppe Franken Oberpfalz

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Ehrung für langjährige Mitglieder der VOS-Bezirksgruppe Rhein-Ruhr

Die Mitgliederversammlung der Bezirksgruppe Rhein-Ruhr am 12. März 2016, führte uns wieder einmal deutlich vor Augen - das Durchschnittsalter unserer Kameraden/-innen ist bereits jenseits des Renteneintrittsalters. Jüngere Mitglieder werden dringend gesucht. Insofern freuen wir uns auf ein neues "junges" Mitglied - Peter Hippe aus Düren.

Bei dieser Veranstaltung wurden zahlreiche langjährige VOS-Mitglieder mit der goldenen und silbernen Ehrennadel der VOS ausgezeichnet. Diesen Mitgliedern gebührt besonderer Dank und Anerkennung, da sie unseren Verein durch alle Widrigkeiten der 66-jährigen Vereinsgeschichte begleitet und gestützt haben. Wir wünschen ihnen noch recht viele angenehme Lebensjahre und viele gemeinsame Stunden im Kreis unserer VOS-Gemeinschaft.



Auf dem Foto zu sehen von links: Herbert Kühn, Annerose Höfer-Kerbel, Detlef von Dechend, Kurt Schleps, Walter Lobitz, Peter Hippe (neues VOS-Mitglied), Hans-Georg Müller, Günter Strauch.

Detlef von Dechend, Bezirksgruppe Rhein-Ruhr

Gedenken an Oskar Brüsewitz und neues Buch über sein Leben

Die ausgeweiteten Recherchen führen zu neuen Erkenntnissen zum Leben des Pfarrers

Sein Todestag war der 22. August 1976, doch bereits vier Tage zuvor hatte er sich in Zeitz mit Benzin übergossen und angezündet. Das Fanal ist nun vierzig Jahre her, aber es rührt die Menschen immer noch auf und führt teils zu kontroversen Diskussionen. Es war der drastischste Protest, den es durch Einzelpersonen gegen das SED-Regime gegeben hat. Der Einfluss auf den weiteren Widerstand war fast unvorstellbar. Das gesamte Jahr 1976 wurde schließlich zu einem Schicksalsjahr für Honecker und sein Politbüro.

Viele bisher unerforschte Details aus dem Leben von Oskar Brüsewitz und über das Nachkriegsdeutschland ist in dem neuen Buch „Der Fall Brüsewitz – Lebensstationen 1929 bis 1964“ von Alexander Richter Kariger nachzulesen. 420 Seiten, ISBN 978-3-932805-78-3, 22, 00 Euro. *H. Diederich*

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

G 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf Mal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10623 Berlin

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81

Fax: 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-ev.de

Sprechzeiten: Dienstag u. Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01

BIC: PBNK DEFF

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82

Mail: lv-berlin@vos-ev.de

Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr, sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Redaktion und Satz: A. Richter

redaktion@vos-ev.de, Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Satzherstellung Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

– einheitlich für alle Mitglieder	45,00 €
– Ehepartner (ohne Freiheitsglocke)	15,00 €
– Aufnahmegebühr Mitglieder	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	24,00 €

Spenden unbedingt erbeten!

Internetseiten der VOS www.vos-ev.de

Fg-Nummer 767 / 768 erscheint im August 2016

Redaktionsschluss der FG 765/766 am 10. Aug. 2016